

Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst: Angleichung muss her!



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Entschließung des Hauptvorstandes des dbb rheinland-pfalz

vom 14. Mai 2018

Im Bund-Länder-Vergleich liegt die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des rheinland-pfälzischen Landes- sowie Kommunaldienstes aktuell auf dem beschämenden vorletzten Platz.

Nur Berlin bezahlt seine Landesbeamten noch schlechter. Im Juni und in 2019 kommt es dort aber jeweils zu einer Anpassung, denn die Angleichung an den Schnitt der besser rangierenden Bundesländer bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ist in Berlin beschlossene Sache.

Also fällt Rheinland-Pfalz noch im laufenden Jahr voraussichtlich auf den skandalösen allerletzten Rangplatz zurück.

Das Verhalten der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen im Landtag ist ein handfester Skandal und zugleich eine Bankrotterklärung jedweder konzeptionell durchdachter Besoldungspolitik. Wer in dieser Weise handelt, tritt das Gebot der Fürsorge für die Beamtinnen und Beamten im Lande mit Füßen und kann sich seine wohlfeilen Worte der Anerkennung und des Lobes für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sparen. Das Verhalten von Regierung und Koalition ist fatal für Nachwuchs- und Fachkräftesicherung im hiesigen Landes- und Kommunaldienst und ein katastrophales Signal mangelnder Wertschätzung für die Leistung und Qualität des Personals im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz!

Trotz einer zunächst nicht vorhergesehenen Halbierung des Haushaltslochs auf rund 100 Millionen Euro und trotz unerwarteten Haushaltsüberschusses in Höhe von knapp 900 Millionen Euro 2017 haben die Regierungsfractionen im Landtag Rheinland-Pfalz den sofortigen Einstieg in eine Angleichung von Besoldung und Versorgung abgelehnt.

Dabei wäre laut Landesfinanzplanung die sogenannte Schuldenbremse auch mit den wesentlich schlechteren Haushaltsprognosen vor dem Rekordjahr 2017 erreichbar gewesen.

Finanzielle Spielräume sind also da, das belegen auch jüngste Steuereinnahmeprognosen.

Allein der politische Wille zur Nutzung für die Bezahlung im öffentlichen Dienst fehlt.

So kann es nicht weitergehen!

Es reicht nicht, mit dem Hinweis auf eine Anpassung von Besoldung und Versorgung erst im kommenden Jahr zu verträsten.

Für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen gibt es jetzt 7,5 Prozent mehr Geld. Das wird auf die Bundesbeamten umgeklappt, nicht aber auf die rheinland-pfälzischen Beamten im Landes- und Kommunaldienst.

Die haben es satt, weiter in die Röhre zu gucken!

Die Bezahlungslücke von sechs Prozent muss umgehend gestopft werden.

Das Bundesverwaltungsgericht verfolgt gegenwärtig die Präzisierung der seit 2015 gültigen alimentationsrechtlichen Drei-Stufen-Prüfung vor dem Bundesverfassungsgericht. Es ist der Meinung, dass die Beamtenbesoldung seit langem abgekoppelt ist. Das dahinter steckende gesetzgeberische Ausloten von verfassungsrechtlichen Untergrenzen muss aufhören!

Deshalb fordern wir von Landesregierung und Besoldungsgesetzgeber dringend den sofortigen Einstieg in eine zeitlich gestaffelte Angleichung von Besoldung und Versorgung. Das sollte idealerweise in einem ersten Schritt durch lineare Anpassung der Bezüge schon in diesem Jahr geschehen. Im nächsten Jahr folgt die von der Ampel-Koalition fest zugesagte Übertragung des dann auszuhandelnden Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst der Länder, bevor der nächste lückenfüllende Angleichungsschritt passiert.

Denn die anderen Bundesländer übertragen den 2019er-Tarifabschluss auch, weshalb die Lücke sonst nie kleiner würde. Doch kleiner werden muss sie – schnell.